

Information

gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – Sicherheit und Ordnung

In Ausübung der des Bereiches „Allgemeine Ordnungs- und Straßenverkehrsangelegenheiten“ der Stadt Frankfurt (Oder) obliegenden Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten gemäß Art. 13 DSGVO ist Ihnen das Folgende mitzuteilen:

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Amt für Ordnung und Sicherheit der Stadt Frankfurt (Oder), Abteilung Allgemeine Ordnungs- und Straßenverkehrsangelegenheiten
Goepelstraße 38
15234 Frankfurt (Oder)
Tel.: (0335) 552 3202
Telefax: (0335) 552 3299
e-mail: ordnungsamt@frankfurt-oder.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Stadt Frankfurt (Oder)
Datenschutzbeauftragter
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335- 552-3005
Telefax: 0335-3099
e-mail: datenschutzbeauftragter@frankfurt-oder.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Ordnungsbehörde darf gemäß der ihr durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben, Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten, übermitteln und speichern, speziell:

- Feststellungen und Meldungen von Ordnungswidrigkeiten und Übergabe an Bußgeldstelle
- Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet des Leichenwesens
- Verwaltung von Schrottimmobilien
- Verwaltungsverfahren – ruhender Verkehr
- Verwaltungsverfahren auf den Gebieten Jagd- und Fischereiverwaltung einschließlich Wildtiere im Stadtgebiet
- Führung der Hundedatei (Hundehalterverordnung Land Brandenburg) und Verwaltungsverfahren zum Thema „Hund“
- Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen, Feuerwerken, Lagerfeuern, u.ä.
- Erstellung von Jahresstatistiken und anderen Statistiken sowie Weiterleitung an übergeordneten Behörden

Rechtsgrundlage:

OwiG, OBG, Hundehalterverordnung, BbgBestG, LImSchG, SprengG, 1. SprengV, Bundes- und Landesjagdgesetz, Fischereigesetz, Straßengesetz,

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Dies sind die Antragsteller, Grundstückseigentümer, am Verfahren Beteiligte gemäß § 13 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), die behördeninternen Mitarbeiter anderer Dienststellen und die an den in Ziffer 3 genannten Verfahren beteiligten Behörden und Stellen, Bundes-, Landes-, Kreis- und Stadtwahlleiter, Landesamt für Statistik Berlin/Brandenburg, sowie die Gerichte und die im Auftrag der Stadt Frankfurt (Oder) tätige IT-Dienstleistungsfirma, die die für die Datenverarbeitung verwendete Software installiert und pflegt.

5. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt so lange, wie es zu der Aufgabenerfüllung notwendig ist bzw. wenn der Speicherung nicht widersprochen worden ist.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft.
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der unteren Wasserbehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO).
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

7. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow
Tel.: 033203-356-0
Telefax: 033203/356-49
e-mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.